

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

259 (6.11.1929) Badische Kultur und Geschichte Nr. 45

Badische Kultur und Geschichte

Vor 70 Jahren

Der große Brand in Neckarbischofsheim in der Nacht vom 2. zum 3. November 1859.

Es sind wohl viele Jahre seit diesem großen Brand verfloßen, und die aufstrebende Wirtschaft hat die Spuren jenes Unglücks beseitigt; da sich aber überall die Kräfte regen zur Erforschung der Ortsgeschichte, so dürfte die Beschreibung des großen Brandes in Neckarbischofsheim für die Bewohner jenes Gebiets von Interesse sein.

Neckarbischofsheim liegt im alten Eszengau in einem Tälchen, das sich von Rappenaun gegen Waibstadt in das Schwarzbachtal verläuft. Ehedem umzog eine Mauer mit zwölf Türmen das Städtchen, dessen Häuser in früheren Zeiten vielfach aus Holzwerk bestanden. Um die sechste Abendstunde am 2. November 1859 werden plötzlich die Einwohner durch Feuerlärm erschreckt. In der Nähe der Stadtmauer unterhalb des Schafhauses, im Hause des Waisenrichters Schick ist Feuer ausgebrochen. Es wäre ein leichtes gewesen, die paar Heiligwellen, die anfangs nur brannten, zu löschen; aber der heftige Sturm aus Westen jagte die Flammen weiter, so daß schon der Dachstuhl der Scheune und bald auch des Hauses zu brennen anfängt, ehe noch ein Wasserstrahl das Gebäude benetzt. Zu der frühen Abendstunde sind die Leute noch alle bei der Arbeit, und so fehlt es nicht an Hilfe; in Eimern, Kübeln und Hütten kommt aus den Brunnen und der Mühlbrücke Wasser herbei, mit dem die große Feuerpritze das Feuer an der Vorderseite des Hauses dämpft; gegen die Flammen hinter dem Haus ist sie machtlos, und gerade hier wird Scheune um Scheune vom Feuer erfaßt. Die Nacht des Westwindes ist gewaltig. Rauch und Flamme treibt er den Mannschaften an der Pumpe ins Gesicht, so daß zeitweise die Löscharbeiten unterbrochen werden müssen. Wie heult der Sturm! Wie spielt er mit dem Feuer! Wie spottet er der Wasserstrahlen, die sein scharfer Atem von den Flammen weg den Menschen drücken ins Gesicht wirft. Und diese Unglücklichen wissen bald nicht mehr, wo es überall brennt. Vielleicht schon im eigenen Hause. Sie verlassen die Spritzen, suchen in bedrohten Häusern zu bergen, so gut es möglich ist.

Zimmer größer wird das Feuermeer; man weiß nicht, wo die Feuerpritzen eingesetzt werden sollen. Aus allen Orten der Nachbarschaft kommen die Hilfsmannschaften mit ihren Feuerlöschgeräten; denn im Städtchen ist das Holz der Feuerhöfen, mit denen man das Feuer da und dort abzuriegeln sucht, verbrannt. Die eisernen Säfen liegen in der Glut. Immer noch heult der Sturm; himmelhoch steigen die Flammen und Rauchsäulen und brennenden Strohwische; wirbelnd fahren brennende Holzstücke über das Flammenmeer hin in großen Bögen. Mit einem Male steigt ein Strom von Raketen aus dem wogenden Feuermeer in die Luft mit einem dumpfen Knall, gleich einer Pulverexplosion; dann bildet sich mitten in der Feuerstätte eine Windsbraut und wirbelt Flammen und Rauch und brennende Massen über die Glut hin. Und hoch oben über diesem graußigen Feuerjährlund schweben hell beleuchtete Tauben, ihn wie einen Strudel umkreisend, bis sie zuletzt ihr Grab in ihm finden.

Zuletzt sind 34 Feuerpritzen in Tätigkeit; Tausende von Händen geben Eimer mit Wasser von Mann zu Mann; die Zimmerleute aus der Nachbarschaft stehen an bedrohten Punkten; man merkt, in den großen Tumult ist eine kleine Ordnung gebracht worden durch die zwei Amtmänner, mit Unterstützung der Gendarmen. Auch geht man zielbewußt gegen das Feuer vor, stellt die Feuerpritzen am richtigen Platz auf, läßt niederreißen, um das Überspringen des Feuers zu verhindern. Endlich um Mitternacht läßt der Sturm nach, ja der Wind dreht sich gegen die Morgenstunden von West nach Ost und bläst so nur über niedergebrannte Stätten hin. Nicht weniger als 46 Häuser, 25 Scheunen und 17 Nebengebäude sind in den wenigen, aber fürchterlichen Stunden in Asche gelegt worden; 84 Familien mit 330 Köpfen sind ohne Obdach. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 200 000 Gulden. An versicherten Fahrnissen stehen nur 19 000 Gulden zu Buch, aber das Fünftfache ist verbrannt, ungeachtet des Verlustes an Futter für das Vieh.

In hochherziger Weise setzt sogleich die Fürsorge für die Abgebrannten ein. Das erste ist ein Wagen mit Brot, den das nahe Waibstadt sorglich bereits am frühen Morgen schickt, dann kommen Fuhrwerke aus allen Orten, beladen mit allerlei Nahrungsmitteln, vornehmlich ist das liebe Brot begehrt: über 1300 Rarbe gehen in den ersten Tagen ein. Es ist eigentlich nicht nötig, Aufträge in den Zeitungen zur Unterstützung der Brandgeschädigten zu erlassen: der Widerspruch der vom Feuer beleuchteten Völkern war weit hin sichtbar; überall glaubte man den Brand in der Nähe. Auf den Höhen bei Bretten, in Bruchsal, in Heilbronn, in Cannstatt, in der Ebene bei Schwetzingen war man auf die Rote am Himmel aufmerksam geworden. Von Heidelberg und Mosbach war Hilfe angeboten worden. Wer rasch gibt, gibt doppelt; diese Devise war sogleich zur Wahrheit geworden. Die Gabenliste nennt beinahe alle Orte Badens; auch das Nachbarland Württemberg ist sehr gut vertreten. Der Senat der Stadt Hamburg und der Superior eines Karthäuserklosters (Grande Chartreuse) bei Grenoble sind besonders bezeichnend.

Wie mir mein Vater, der den Brand mitmachte, erzählte, kamen die Bauernfuhrwerke in langen Reihen mit

Heu, Stroh, Mehl, Kartoffeln und Saatfrüchten an, oft aus weiter Ferne. Auf anderen war Bettzeug, Hausgeräte, Weißzeug, Leibwäsche aufgestapelt, und auch an Kleidungsstücken und Schuhen konnte manche Gabe verzeichnet werden. An Geld waren 33 151 Gulden eingegangen.

Bei der Verteilung der Gelder handelte das Unterstützungskomitee nach sehr anerkanntswerten Grundsätzen. „Nicht die Größe des Verlustes“, heißt es da, „sondern die Größe des Bedürfnisses soll den hauptsächlichsten Maßstab der Unterstützung abgeben. Denen, welche mit eigenen Mitteln den erlittenen Schaden nicht wieder gutmachen können, soll Hilfe gebracht werden. Es ist nicht weniger im Interesse der Gesamtheit wie der einzelnen, dafür zu sorgen, daß die Zahl der Armen und Eigentumslosen nicht vermehrt werde. So lange auch ein nur kleiner Zuschuß den Bedürftigen Wohltat ist, ist es nicht zu rechtfertigen, die Reichen zu unterstützen, welche mit Reichtum in wenig Jahren ihren Schaden ausgeglichen haben, während die Bedürftigen an einer Schuldenlast ihr Leben lang zu tragen haben.“

Genau ein halbes Jahr nach dem Brande erfolgt in feierlicher Weise die Grundsteinlegung zu den Bauten in den neuen Strazenzügen. Wie üblich, werden der „bleiernen Kapelle“ verschiedene Dinge einverleibt: Münzen, eine Geschichte des Brandes, die Namen der Brandgeschädigten, ein Verzeichnis der Lebensmittelpreise, Proben von Speis, Gerste und Hafer, eine Flasche Wein aus dem Weinbergen, und zum Beweise der großen Glut bei dem Brande ein Stück aus Glas, Ziegelsteinen und anderen Stoffen zusammengeschmolzener Masse.....

Wenn in dem Bericht von 34 Feuerpritzen geredet wird, die auf dem Brandplatz tätig waren, so dürfen wir nicht an unsere heutigen Spritzen denken. Vielfach waren es veraltete Systeme ohne Schläuche, nur mit einem Standrohr, ja sogar Handspritzen kamen angefahren. Interessanter darüber hat Mey, der Gründer der Feuerlöschgerätefabrik Heidelberg, jetzt Karlsruhe, an das Ministerium berichtet. Saugpumpen waren nur wenige vorhanden; zu den meisten Spritzen veralteter Systeme mußte das Wasser herbeigetragen werden; insoweit standen viele Spritzen oft untätig, weil es an Wasser fehlte. Bei den Saugspritzen wird die Serbereisung des Wassers durch die Schläuche auch aus weiter Entfernung besorgt. Auf alten Spritzen mit Standrohren konnte der Spritzenmeister nicht viel anrichten. Wo aber an die neueren Systeme Schläuche angeschraubt und in langer Leitung auf das Dach geführt werden konnten, da vermochte der Schlauchführer den Brandherd von oben her zu überhäufen und den Angriff gegen das starke Feuer wirksam durchzuführen.

Und mit diesen Jahren beginnt eine Umwälzung auf dem Gebiete der Feuerlöschmaschinen; zugleich aber kommt an Stelle der ungeübten Hilfsmannschaften ein neues Institut: die Feuerwehr. W. Sigmund.

Volksgemeinschaft und Familienforschung

Von Walter Kilian, Karlsruhe

Sehr modern, gegenwärtig, viel ge- und mißbraucht, ist das Schlagwort „Volksgemeinschaft“, obwohl — oder vielleicht auch gerade weil — das deutsche Volk noch selten so in Parteien zerpalten war, wie seit dem letzten Jahrzehnt.

Das Wort „Volksgemeinschaft“ steht im Werbeprogramm aller Parteien, und jede behauptet, eifrigster Förderer der Volksgemeinschaft sein zu wollen. In dem Streite der Parteien merkt man von dem Streben zur Gemeinschaft recht wenig; auf politischem, konfessionellem und wirtschaftlichem Gebiet ist der Kampf schärfer denn je, obwohl uns Gemeinschaft wirklich not tate, haben wir Deutsche doch eine besondere Gabe, stets und überall das Trennende zu unterstreichen, und das Einende zu übersehen: drum ist auch das Bewußtsein der Volksgemeinschaft bei uns so schwach. Und dennoch besteht zwischen allen Schichten unseres Volkes eine viel engere Verbundenheit, als wir meist wissen, und aus dieser Unwissenheit entspringt Aberglauben auf der einen, Mißgunst und Haß auf der anderen, Verständnislosigkeit, Verleumdung und Verdächtigung von allen Seiten.

Eine Folge dieser Unwissenheit ist es, daß die einen sich und ihren Stand als den vom Schicksal mit Willen von jeher bevorrechteten, die anderen sich als die von alters her Entrechteten betrachten.

Wie tief wir in vorgefaßten und irrigen Meinungen stecken, erkennt aber bald jeder, der sich mit Familienkunde beschäftigt. Da entdecken wir, oft zu unserem eigenen Erstaunen, daß wir bezüglich Herkunft und Art, Konfession und Beruf, Stand und wirtschaftlicher Lage unserer Vorfahren, falscher Ansicht waren, und da sehen wir plötzlich, wie Hunderte von Fäden verwandtschaftlicher Beziehung hinüberführen zu denen, die wir bisher als Glieder uns fremder, ja oft feindlicher Gruppen betrachtet haben, da erkennen wir, daß wir derselben Wurzel entstammen. Die medizinisch-biologische Wissenschaft hat die tiefgehenden Zusammenhänge zwischen Menschen gleicher oder blutsverwandter Abstammung erkannt und zieht daraus heute schon wichtige Lehren. Sie hat nachgewiesen, daß der Mensch nicht eine Existenz für sich ist, sondern, daß er in körperlicher und geistiger Hinsicht bedingt ist aus dem Wesen und der Art seiner Vorfahren, daß er das letzte Produkt vielfältigster, geradezu von unendlich vielen Seiten zusammengeflößerter Anlagen

ist, und daß wiederum eines Menschen Anlagen in dessen Kindern und Kindeskindern weiterwirkend, bald einem ganzen Kreis blutsverwandter Menschen gemeinsam werden. Die Volksgemeinschaft ist also eine unbestreitbare Tatsache. Zu uns das Bewußtsein dieser Volksgemeinschaft zu erwecken, und uns diese Erkenntnis zu vergegenwärtigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, ist vielleicht das höchste und letzte Ziel der Genealogie.

Der Familienforscher erkennt, daß kaum eine Sippe eine längere Zeit hindurch auf gleicher sozialer Lage stehen bleibt, daß vielmehr die Perioden des Aufstiegs mit Zeitphasen des Abstiegs wechseln, zu jähem Steigen und Sinken, bald in langsamer Entwicklung. Da sehen wir, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession, der viele eine wesentliche Bedeutung beimessen, beinahe eine Zufälligkeit ist, nicht nur, weil unsere Vorfahren nach dem einst in Geltung gewesenen Grundsatz cuius regio, illius religio, oft das Bekenntnis wechseln mußten, sondern, weil es auch durch Mischehen sich veränderte. Die Enkel eines evangelischen Pfarrers sind vielleicht katholisch, weil dessen Tochter einen katholischen Mann geheiratet hat, oder die Kinder einer katholischen Mutter werden protestantisch, weil der Vater diesem Bekenntnis angehörte, und doch sind sie darum nicht besser und nicht schlechter.

Oder da ist der Eigentümer eines mittleren Schwarzwaldbäuerleins. Eine Tochter heiratet den Lehrer des Ortes, ihr Sohn studiert und rückt in höchste Staatsstellen auf, der andere wendet sich der Technik zu und wird Direktor eines großen Industrieunternehmens, deren Kinder gehören den Gelehrten- und vielleicht reich begüterten Industriekreisen an. Eine andere Tochter heiratet den Kaufmann im Ort, ihre Tochter einen kleinen Handwerker, und dessen Sohn ist vielleicht ein dem reichen Fabrikanten, u. U. ohne zu wissen, daß eine leineswegs weitläufige Verwandtschaft ihn mit seinem Direktor verbindet. Das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat beide in einander entgegengesetzte Lager gedrängt, und sie befinden sich, obwohl in beider Adern dasselbe Blut weht, bestimmdend wird, in dauerndem Kampfe. Und noch eine Tochter jenes Gutbesizers studiert Landwirtschaft. Sie heiratet in ein großes Rittergut in Ostpreußen, und ihre Töchter verheiraten sich mit Söhnen des alten landgesessenen Adels.

Mit dem Wechsel der Umwelt, des Berufs, des Wohnortes, der Lebensverhältnisse, der wirtschaftlichen Lage ändern sich die Lebensbedingungen, die Interessen, die Anschauung, die Sprache und geraten beim Wechseln des Namens (durch Tochterheiraten) auch die verwandtschaftlichen Beziehungen in Vergessenheit, verwindert sich und verschwindet schließlich das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit bis zur völligen Entfremdung, ja, Gegenseindlichkeit und Haß. Der adlige Gutbesitzer aus dem Osten versteht seinen Schwarzwaldbäuerleins Vetter kaum mehr. Der hohe Beamte hat andere Interessen als der Kaufmann im kleinen Waldbäuerleins. Der Arbeiter hat kein Verständnis mehr für das Schaffen u. die Sorgen des Fabrikleiters und dieser nicht mehr für die Not des armen Bettlers und dessen berechtigte Bestrebungen und Befreiung seiner wirtschaftlichen Lage. Aus Menschen derselben Herkunft sind in verhältnismäßig kurzer Zeit einander völlig Fremde geworden, und dennoch sind sie einer Art. Gleiche Keimanlagen ruhen in ihnen, und wenn sie sich ihrer Wesensverwandtschaft bewußt wären, so würden sie einander auch eher verstehen, die Gegensätze wären leichter zu überbrücken. Schon heute halten viele Familien von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte, sog. „Familien- oder Sippentage“, ab. Da treffen sich die Väter und Vetter gleicher Abstammung aber mannigfachster Namen, vielfältigster Berufe, verschiedenster Geistesstellung auf dem neutralen Boden der blutsverwandtschaftlichen Zusammengehörigkeit, sie lernen sich kennen und verstehen, sie hören wechselseitig von ihrer Arbeit, von ihren Sorgen, von ihren Wünschen, ihrem Hoffen, und sie erleben die Volksgemeinschaft als Tatsache, nicht nur als ein hohles Schlagwort.

Bekannt Euch mit Familientunde, Familienforschung, pflegt die Familientage, die Volksgemeinschaft gewinnt dabei! Der Landesverein Badische Heimat e. V., Freiburg i. B., hilft als geeigneter Berater durch seine Zeitschriften und vor allem durch seine „Sammelstelle familientundlicher Nachrichten“ in Karlsruhe (Generallandesarchiv).

Die prähistorischen Funde in Singen a. S.

Nach zehnwöchiger Tätigkeit wurden die Ausgrabungen des Urgeschichtlichen Instituts der Universität Freiburg an der Remisshofer Straße in Singen für dieses Jahr eingestellt. In den letzten Tagen wurde abermals eine größere Grabergasse mit neuen Einzelheiten des Neoliths zutage gebracht. Auf engem Raum lagen sechs Gräber beisammen, von denen zwei mit Steinlagen abgedeckt waren. Das Ziel der Grabung war die systematische Untersuchung des Geländes zwischen Oberdorf und Remisshofer Straße. Dabei wurden Siedlungsgeräte aus der jüngeren Steinzeit, aus der Bronze- u. der La-Tène-Zeit gefunden. Ferner wurde eine Ansiedlung aus dem dritten Jahrtausend vor Christi freigelegt, und dabei wurden ein Herd, Geräte aus Feuerstein, Stein (Weile, Mühlstein) und Bronze von Tongefäßen gefunden. Westlich und nördlich von der Siedlung lagen die Gräber.

Am wichtigsten war die Auffindung des keltischen Grabfeldes aus dem vierten und dritten Jahrhundert v. Chr. Dabei wurden 23 Gräber systematisch untersucht, drei weitere waren früher angegraben worden, und andere sind noch im Boden. Die Annahme, daß es sich um einen großen geschlossenen Friedhof handelt, hat sich bestätigt. Besonders bemerkenswert war das zuletzt untersuchte Grab eines etwa 11-jährigen Kindes, das unter einem mächtigen Holzstabe beobachtet wurden zum erstenmal große Stücke Holzstabe beobachtet; die offenbar wurde auf dem Grab ein Opferfeuer errichtet. Die Funde werden im Laufe des Winters in Freiburg bearbeitet und sollen dann, sobald das städtische Museum in Singen eingerichtet ist, zur Ausstellung kommen.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 45

Erzcheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 40 Reichspfennig zuzüglich Porto vom Verlage
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Strasse 14, bezogen werden.

6. November 1929

Die Verwaltungsakademien in Deutschland

Nach Beendigung des Weltkrieges, der von Grund auf neu geordnete wirtschaftliche Verhältnisse schuf, trat die Notwendigkeit einer vertieften wissenschaftlichen Ausbildung des Beamtenstandes mehr als je zutage, und so konnte die Lösung dieses dringend gewordenen Problems nur in der Richtung einer neuen, modernen Verwaltungsakademie gesucht werden. Die neue Zeit erforderte neue Männer, ein neues berufliches Wissen ergab sich als selbstverständliche Parole. Diesmal übernahm Berlin die Führung, wo am 22. März 1919 die erste Verwaltungsakademie eröffnet wurde. Ihre Aufgabe umschrieb die Berliner Akademie wie folgt:

„Zweck der Akademie ist die fachliche und allgemeine Fortbildung von Beamten aus Groß-Berlin und den Provinzen. Namentlich bezweckt die Akademie: 1. Beamte, die eine Hochschulbildung nicht genossen haben, aber eine in praktischer Arbeit und Erfahrung erworbene Sachkenntnis besitzen, umfassend fortzubilden und sie so zu befähigen, den gesteigerten Anforderungen der Neuzeit voll gerecht zu werden, größere Aufgaben selbständig zu erfüllen und im Bedarfsfall aufzusteigen. 2. Beamten mit Hochschulbildung Gelegenheit zur Vertiefung ihrer Sachkenntnisse zu bieten. 3. Die allgemeine, namentlich die staatsbürgerliche, volkswirtschaftliche und sozialpolitische Bildung der Beamten auszugestalten.“

Die Berliner Verwaltungsakademie, die von Anfang an einen guten Ruf genoss, diente bald als Vorbild zur Errichtung weiterer Akademien, von denen im Jahre 1928 bereits 22 Akademien mit 81 Zweiganstalten bestanden, die in der Regel von mehr als 30 000 Hörern besucht wurden. Nach den gegebenen Richtlinien hat man für die Errichtung der Verwaltungsakademien solche Städte bevorzugt, wo bereits Universitäten oder Technische Hochschulen bestehen, um einer guten Lösung der Raumfrage sicher zu sein, vor allem aber, um für die Beherbergung der Akademien geeignete Räume zu finden.

Die Studierenden auf den Verwaltungsakademien trennen sich in der Regel in sogenannte „Vollhörer“ und „Gasthörer“. Den Vollhörern ist die Teilnahme an allen Vorlesungen und Übungen gestattet, während die Gasthörer, meist ältere Beamte, nur an bestimmten Vorlesungen teilnehmen, die beruflich von besonderem Belange erscheinen; allgemein in der Absicht, über den letzten Stand der Gesetzgebung und die neueste Literatur des Faches unterrichtet zu werden. Im allgemeinen werden aber als Gasthörer auch Rechtsanwälte, Kaufleute und andere Personen zugelassen, wenn der Nachweis einer ausreichenden Vorbildung geführt wird. Das Durchschnittsalter der Hörer beträgt in den letzten Jahren etwa 36 Jahre; der Schulbildung nach waren die Höheren Schulen mit rund 60 Proz. beteiligt, der Rest entfällt auf Mittel- und Volksschulen.

Als Hauptaufgabe der Verwaltungsakademien gilt, dem Hörer einen erschöpfenden Überblick über das moderne Rechts- und Wirtschaftsleben zu geben. Allgemein sind drei Studienjahre vorgesehen, doch erfolgt in vielen Fällen ein Zulagejahr. Gegenüber der älteren Beamtenhochschule und der modernen Verwaltungsakademie hebt sich als besonderes Charakteristikum heraus, daß sich die Akademie ausschließlich an den im Beruf stehenden Beamten wendet, daß also in der Regel besondere Beurlaubungen nicht in Frage kommen, weil sich der Unterricht an der Akademie ausschließlich in den Abendstunden abspielt, also nach erfüllter Dienstzeit. Unleugbar bedeutet es ein nicht gewöhnliches Maß von Berufsleide, sich an der Mehrzahl der Wochenabende einem nicht leichten wissenschaftlichen Studium zu widmen, das auch physisch nicht geringe Anforderungen stellt.

Wenn auch hinsichtlich der Vorlesungspläne allgemeine, gewisse Richtlinien innezuhalten sind, so sind die Abweichungen im einzelnen doch recht zahlreich. Während an der Berliner Verwaltungsakademie die Zahl der Vorlesungen recht erheblich ist, erheblich auch die Zahl der Vorlesungen, ist wieder an anderen Akademien die Zahl der Vorlesungen oft recht klein, manchmal nur fünf bis sechs betragend. Der Lehrplan der Verwaltungsakademien umfaßt in der Regel folgende Grundfächer: Staatsrecht, Volkswirtschaftslehre mit den wichtigen Lebensfächern der Finanzwissenschaft und Statistik, Steuerrecht, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Verkehrsrecht. Daneben finden auch manche auf einen engeren Berufskreis zugeschnittenen Vorlesungen statt. Letztere hängen oft von einer gerade vorherrschenden Beamtengruppe, manchmal auch von einem als Spezialist geltenden Dozenten ab. Nach dem Vorbild der alten Hochschulen umfaßt der Unterricht an der Verwaltungsakademie auch den Besuch eines Seminars, sowie praktische Übungen und Arbeiten.

Die Prüfungsfrage war an den Verwaltungsakademien lange Zeit ungeklärt, doch hat die Entwicklung schließlich dahin geführt, daß die Akademien jetzt allgemein nach Ablauf von sechs Semestern und bestandener Abschlussprüfung ein Akademie-Studien-Zeugnis erteilen. Wenn auch der Wunsch nach einem derartigen Zeugnis stark aus der Hörerschaft selbst gekommen ist, so kann man andererseits an der abermaligen Vermehrung schwieriger Prüfungen in unserer ohnehin so prüfungreichen Zeit kaum eine rechte Freude haben. Grundfänglich sollte auf den Abbau aller möglichen und unmöglichen Prüfungen hingearbeitet werden. In Leipzig lauten die Voraussetzungen für die Abschlussprüfung wie folgt: Abgeschlossene Berufsausbildung, geordnetes Studium von sechs Semestern, also drei Jahre Studium unter Belegung von wenigstens sechs Wochenstunden, oder von vier Jahren bei entsprechend geringerer Studienzahl, Teilnahme an je einem Seminar und Anfertigung je einer Arbeit auf den drei Studiengruppen, von denen eine als größere häusliche Arbeit ausgearbeitet werden soll. Im übrigen sollen die schriftlichen Prüfungsarbeiten einen bemerkenswerten Beitrag zur Förderung der Berufsarbeit darstellen oder, sofern die Arbeit einen rein wissenschaftlichen Charakter trägt, ein Urteil darüber gewinnen lassen, ob der Bewerber die Befähigung besitzt, wissenschaftlich zu denken und zu arbeiten.

Die Prüfung selbst liegt in den Händen eines kleinen Ausschusses, der aus dem Studienleiter und zwei Dozenten gebildet wird. Aber ein vom Ausschuss gestelltes Thema hat der Prüfling einen freien Vortrag zu halten, gegebenenfalls kann der Bewerber das Thema auch selbst wählen, vorausgesetzt, daß es die Zustimmung des Ausschusses findet. Mit dem Vortrag ist eine Aussprache zu verbinden. An einzelnen Verwaltungsakademien besteht auch die Möglichkeit zur Ablegung einer Diplomprüfung. Eine solche gewährt Berlin für Kommunal- und Sozialbeamte, und Düsseldorf für Sozialbeamte. Es ist zu verstehen, daß diejenigen Beamten, die unter mannigfachen Opfern sich auf einer Akademie einem lang-

jährigen Studiengange unterwerfen, in einem Akademie-Studien-Zeugnis schließlich nicht nur ein totes Dokument sehen wollen, sondern berechtigterweise hieron auch einen dienlichen und wirtschaftlichen Nutzen erwarten. Die begreifliche Forderung, diese Zeugnisse bei einer Beförderung oder sonstigen Amtsübertragung entsprechend bewertet zu sehen, hat bei vielen Behörden bereits Anerkennung gefunden. Eine Bevorzugung solcher Beamten hat unter anderem das Reichsministerium des Innern durch Erlass vom 9. August 1928 ausgesprochen. In der Regel werden die Studienzeugnisse von den meisten Behörden zu den Personalakten genommen. Die überhaupt die höchsten Behörden der ganzen Hochschulbewegung des Berufsbeamtenstandes wohlwollend und fördernd gegenübersehen. Reich, Länder und einzelne Gemeinden bekunden dieses Interesse durch finanzielle Unterstützung der Verwaltungsakademien, die in jedem Fall auf Unterhaltung rechnen können. Im Mittelpunkt der ganzen Bewegung steht seit 1921 ein Zentralverband, der im Jahre 1923 den Namen „Reichsverband deutscher Verwaltungsakademien“ annahm, und der sich um die Verwaltungsakademien große Verdienste erworben hat. Für die berufliche Entwicklung des deutschen Beamtenstandes bedeuten die Verwaltungsakademien unzweifelhaft einen Markstein, und so werden sich diese auch in der Zukunft für Staat und Gemeinde jeztzweck auswirken.

Zehn Jahre Reichssteuerverwaltung

Seit dem 1. Oktober kann die Reichssteuer- und Zollverwaltung auf das erste Jahrzehnt ihres Bestehens zurückblicken. Das Organ der Reichssteuerverwaltung, „Die Steuerwart“, widmet aus diesem Anlaß in einer Reihe von Aufsätzen aus berufener Feder dem Gedenken dieses Jubiläums in seiner Nr. 20 besonderen Raum.

Das Leitwort des derzeitigen Reichsfinanzministers Hilferding hebt hervor, wach dauernden Gewinn die ungeschaffene Reichsfinanzverwaltung aus den Jahren äußerster Not davongetragen hat: die Stabilisierung der Währung in kurzer Zeit durchzuführen und über alle Gefahren hinweg zu erlangen; sie hat weiter dazu beigetragen, Wirtschaft und Finanzen des Reichs auf eine neue gesicherte Grundlage zu stellen; unter der bewährten Leitung des Ministeriums haben alle Zweige der ihr angehörenden Beamenschaft — auch der oft unterschätzte Kassendienst — ihre Aufgaben mit vorbildlicher Pflückerfülle und größtem Fleiß bewältigt.

Der Vorgänger Hilferdings, Reichsfinanzminister Dr. Köhler, äußert sich in der Jubiläumsschrift dahin, die Schaffung einer eigenen Reichssteuerverwaltung — ein Abschnitt der umfassenden Steuerreform des Reichsfinanzministers Erzberger und geboren aus der klaren Erkenntnis der unglücklichen Folgen der Oberflächlichkeit der finanziellen Klüftung des Reiches im Weltkrieg — war in sich ein gewaltiges, finanzpolitisches Werk und in der Auswirkung von größter staatspolitischer Bedeutung. Sie wurde zu einer der stärksten Klammern für die Erhaltung der Reichseinheit und gab eine der wirksamsten Grundlagen für die ganze deutsche Befreiungspolitik der folgenden Jahre.

An sich sind zehn Jahre in der Geschichte der Völker und Staaten ein so geringer Zeitabschnitt, daß man fragen könnte, ob es sich überhaupt lohnt, das zehnjährige Bestehen einer Verwaltung zum Gegenstand besonderer Erörterungen zu machen. Und doch wäre es undenkbar gegenüber all dem, was die Reichssteuerverwaltung in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens dem Deutschen Reich gewesen ist.

Ihr Lebensweg ist fast nur ein Lebensweg gewesen. Zunächst tobte der rein politische Kampf um das Sein oder Nichtsein der Reichssteuerverwaltung überhaupt. Der erste schwere Schicksalsschlag war der, daß das neugeborene Kind so früh seinen Vater verloren hat. Ohne seinen Nachfolger nahezu sein zu wollen, kann darauf hingewiesen werden, daß sie bei allem guten Willen in den Erfordernissen gesetzgeberischer und verwaltungsmäßiger Art für den Auf- und Ausbau der jungen Verwaltung gegenüber den ungeheuerlichen Anfeindungen sich nicht so zu behaupten und durchzusetzen vermochten, wie dies Erzberger sicher gelungen wäre.

Überaus zahlreich und heftig waren die Angriffe auf die Steuererhebung. Um so erfreulicher ist es heute zu lesen, wie ein Mann, der gewiß nicht im Verdacht steht, ein blinder Anhänger der geltenden Steuererhebung zu sein, nämlich Rechtsanwalt Dr. Dion (Berlin), vor kurzem in einem Artikel des „Berliner Tageblatts“ — 10 Jahre Reichssteuerverwaltung — vom 26. September 1929 geurteilt hat:

„Die Gesetzgebung, die von dieser Verwaltung inauguriert wurde, zeigt, bei allen Vorbehalten im einzelnen, im großen das Streben nach sozialem Ausgleich und nach Gerechtigkeit in vorbildlicher Weise. Daß viele mit vielem nicht einverstanden sind, ist bei dem Steuerdruck, dem wir notwendigerweise ausgesetzt sind, selbstverständlich. Aber wie es im ganzen, besonders in den Zeiten der Inflation und den ihr folgenden Jahren, hätte besser gemacht werden sollen, das hat wohl niemand überzeugend aufgezeigt.“

Und weiter über die Beamenschaft dieses Verwaltungszweiges: „... Heute stellt die Beamenschaft dieses Verwaltungszweiges ein einheitliches Ganzes dar, und man wird, von verzweigten Mißgriffen abgesehen, feststellen dürfen, daß diese Beamenschaft von ihren Spitzen bis zu den untersten ausführenden Organen betreibt ist, die harten, drückenden Staatsnotwendigkeiten mit einer tunlichst weitgehenden Berücksichtigung der Interessen der Steuerzahler, so gut es auf diesem Gebiete geht, in Einklang zu bringen.“

Von Wichtigkeit war das Streben der Verwaltung nach einheitlicher Zusammenfassung der Beamenschaft, das von ihrer Organisation nachdrücklich und mit Erfolg unterstützt worden ist. In dieser Beziehung ist der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt, welche Schwierigkeiten dem Aufbau der Reichssteuerverwaltung gegenüberstanden.

Man halte sich einmal den personellen Aufbau und die personelle Zusammenfassung der Reichssteuerbeamenschaft vor Augen. Da galt es, zunächst Preußen und Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen und Thüringen, Mecklenburg und Oldenburg, Hamburg und Bremer zusammenzufassen, fast jeder mit ganz anders gearteter Laufbahn, mit ganz verschiedenem Werdegang, mit ganz verschiedener Vorbildung und Ausbildung und Kräftigung, mit teilweise auch ganz verschiedenen Aufgaben und Tätigkeiten. Zu diesen Beamten aus den einzelstaatlichen Abgabenverwaltungen gesellen sich

zunächst Beamte aus den kommunalen Verwaltungen verschiedener Länder, dann Beamte aus den abgetrennten und besetzten Gebieten, Beamte aus der Reichsfinanzverwaltung, der Heeres- und Marineverwaltung, Justizminister und schließlich eine große Anzahl von Beamten aus den Betriebsverwaltungen des Reiches. Bis in die allerjüngste Zeit hat diese Übernahme von Beamten anderer Verwaltungen angehalten. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises auf die völlig verschieden gestalteten personalpolitischen Verhältnisse all dieser Beamtenkategorien. Allein unter den aus dem Zahlmeisterstand übernommenen Beamten befinden sich wiederum fünf verschiedene Kategorien. Hand in Hand mit dieser Übernahme ging die Aufnahme und Ausbildung eigener Anwärter. Unter diesen Anwärtern und der vorhandenen Beamtenkraft gab es aber nun wiederum Supernumerare und Nichtsupernumerare, Zivilanwärter und Versorgungsanwärter, da gab es Unterscheidungen nach Laufbahnen, Tätigkeitsgebieten und dergleichen mehr.

Aus dieser Unübersichtlichkeit galt es, verwaltungsmäßig und organisatorisch ein einheitliches Ganzes zu bilden. Man darf dieses Bestreben als im großen und ganzen gelungen bezeichnen. Würdigt man gerechterweise die hohe Leistung, die verwaltungsmäßig vollbracht wurde, so darf sich die im Bunde deutscher Reichssteuerbeamten vollzogene organisatorische Zusammenfassung hier ebenfalls an die Seite stellen. Nicht übersehen soll werden, wie gerade in der Zeit, da die Reichssteuerverwaltung ihr zehnjähriges Bestehen feiert, die Worte

„Finanzreform und Steuerreform“

in aller Munde sind. Sind die Worte „Finanzreform“ oder „Steuerreform“ eigentlich noch nie aus unserem politischen und wirtschaftspolitischen Leben verschwunden, so muß man sagen, daß sie durch die Ergebnisse der Haager Verhandlungen eine ganz besondere Bedeutung, ja sogar eine besondere Berechtigung erhalten haben. Die Ausgaben des Deutschen Reiches in den nächsten Jahren werden um immerhin recht beachtliche Beträge geringer, und, was besonders wichtig erscheint, das Reich kann endlich einmal mit festliehenden Ziffern an die Aufstellung der Ausgabebeileite seines Etats herangehen.

Es ist daher verständlich, daß sich zur Zeit viele Kreise unferes politischen und wirtschaftlichen Lebens mit diesem Problem befassen. „Steuererleichterung“, „Kapitalbildung“, „Verminderung der Verwaltungsstellen“, das sind die wesentlichen Gesichtspunkte, unter denen von verschiedenen Seiten Vorschläge für eine Finanz- und Steuerreform in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Es wäre geradezu widerzinnig, wollte man die Möglichkeit oder Notwendigkeit einer Finanzreform deshalb verneinen, weil damit eine Verminderung des vorhandenen Verwaltungsapparates verbunden sein könnte.

Die Beamenschaft kann kein Interesse daran haben, daß innerhalb einer Verwaltung mehr Menschen beschäftigt werden, als sich durch das sachliche Bedürfnis rechtfertigen läßt.

Wieviel Beamte gibt es in Deutschland?

Eine Million öffentliche Beamte und Angestellte!

Es ist auffällig, daß die Feststellung der Gesamtzahl sämtlicher öffentlicher Beamter in Deutschland außerordentlich schwierig zu sein scheint. Der Reichsverband der Deutschen Volkswirte hat vor einiger Zeit bereits beim Reichsministerium des Innern und beim Reichsjustizministerium den Antrag gestellt, zur Klärung dieser Frage entsprechendes Zahlenmaterial zu beschaffen. Bisher liegen aber erst amtliche Ergebnisse der Finanzstatistik über den Personalstand der öffentlichen Verwaltungen in Reich und Ländern vom 31. März 1927 vor, und auch diese beschränken sich auf die Beamten der Hoheitsverwaltungen, umfassen also nicht die in den Betriebsverwaltungen (Reichsbahn, Reichspost und Reichsdruckerei) tätigen Beamten und Angestellten. Außerdem fehlen noch vollkommen die Zahlen für die Gemeinden und Gemeindeverbände. Wertvoll ist natürlich nur eine lückenlose Berechnung der Zahl sämtlicher Beamter und Angestellter in der öffentlichen Verwaltung.

Am 31. März 1927, dem Stichtage der erwähnten, in einer Sonderbeilage zu „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten amtlichen Übersicht, standen im Dienste des Reichs insgesamt 235 614 Beamte und Angestellte, einschließlich der Wehrmacht. Es fehlen hier aber noch, wie schon erwähnt, die sehr zahlreichen Beamten der Reichsbahn, Reichspost und Reichsdruckerei. Im Dienste der Länder standen alles in allem 367 117 Beamte und Angestellte. Davon entfielen rund 10 Proz. auf die allgemeine Verwaltung, rund 30 Proz. auf das Schul- und Bildungswesen, und rund 60 Proz. auf die Verwaltungszweige der Staats- und Rechtsprechung. Bemerkenswert ist auch der sehr verschiedene Prozentsatz des Anteils der Angestellten am Gesamtpersonal in den einzelnen Ländern. Er beträgt in Sachsen z. B. 23,2 Proz., während Bayern nur 3,3 Proz. der Staatsstellen mit Angestellten besetzt hat, also fast ausschließlich mit Beamten arbeitet.

Zählt man die Ergebnisse der Finanzstatistik zusammen, so waren am 31. März 1927 insgesamt 745 537 Beamte und Angestellte beim Reich und bei den Ländern (einschließlich der Sanitätsabteilung) beschäftigt. Unter ihnen befanden sich 114 105 Militärpersonen sowie 101 919 Arbeiter, die für dauernde Verwaltungszwecke angestellt waren. Die Gesamtzahl der Beamten und Angestellten wird sich aber andererseits noch erheblich erhöhen, wenn erst die noch ausstehenden Zahlen aus den Gemeindeverwaltungen veröffentlicht werden. Man darf als sicher annehmen, daß dann die Zahl von einer Million erheblich überschritten werden wird.

Die badischen Eisenbahnen und die Pariser Verhandlungen über die Reichsbahn

Kürzlich fand in Karlsruhe eine Tagung des Landesverbandes Baden der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner statt, in der zu der neuerlichen Entwicklung der Reichsbahnverhältnisse bei den Pariser Verhandlungen der Sachverständigenkommission Stellung genommen wurde. Es wurde eine Entschiedenheit gefaßt, die gegen die Bestrebungen, die Reichsbahn in die private Wirtschaft zu überführen, protestiert. Ferner wird Kritik geübt an der von Siemens in Paris vorgelegten Auffassung und sich gegen angebliche Bestrebungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie gewandt, die Reichsregierung zur Zurückziehung der Personalvertreter der Reichsbahn von den Pariser Verhandlungen zu veranlassen.

Aus dem englischen Unterhaus

Macdonald über seine Amerikareise — Die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland — Ein Sieg der Regierung

Im englischen Unterhaus gab am Dienstag Premierminister Macdonald zunächst eine Erklärung über seine Reise nach Amerika und Kanada ab. Amerika verfolge mit wachsender Eifer seine historische Stellung, sich von den Verwicklungen der alten Welt freizubehalten und befände sich daher nicht im Völkerverbund. England sei im Völkerverbund und habe Verpflichtungen gegenüber dem Völkerverbund übernommen, dem gegenüber es loyal bleiben werde. Im Verlaufe der Besprechungen habe Hoover einige der größeren historischen kritischen Fragen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien aufgeworfen, und sie seien gegenseitig übereingekommen, sie in der Hoffnung zu prüfen, daß sie zu einem Einvernehmen gelangen.

Macdonald, der auf ihn folgte, erkannte an, daß Macdonald in den Vereinigten Staaten als Premierminister des Vereinigten Königreiches und nicht als Parteiführer behandelt habe und erklärte, der Premierminister habe die Dankbarkeit aller Parteien für diese Haltung verdient. Lloyd George bezeichnete die Reise Macdonalds als Triumpfhahn. Macdonald erklärte noch, das Ziel, um das es sich zunächst handele, sei: Die Flottenkonferenz als solche in Gang zu bringen. Die Frage der alliierten Kriegsschulden sei von ihm in Amerika nicht erörtert worden.

Dann brachte Außenminister Henderson den Antrag ein, daß das Unterhaus sich mit der Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland einverstanden erklären möge. Es sei ihm gelungen, eine Vereinbarung über die Unterlassung der Propaganda zu erzielen. Die Sowjetunion habe seit dem Abbruch der Beziehungen ihre Einfäufe in England erheblich vermindert. Hierauf brachte Baldwin einen Änderungsantrag ein, worin der Regierung vorgeworfen wird, sie habe die in der Vergangenheit festgelegten Bedingungen für eine Wiederaufnahme der Beziehungen nicht eingehalten. Der Antrag Baldwin wurde jedoch abgelehnt und den Regierungsantrag mit 324 gegen 199 Stimmen angenommen.

Die Sklarek-Affäre

Eine Erklärung des Oberbürgermeisters Böß

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin veröffentlichte eine Erklärung des Oberbürgermeisters Böß. Die seiner Frau von dem Gebr. Sklarek gelieferte Pelzjacke sei ihm als ein besonders günstiger Einkauf von Pelzwaren aufgebracht worden. Nach Lieferung der Jacke habe er die Überzeugung der Rechnung verlangt. Da ihm der Rechnungsbetrag zu niedrig erschienen, er sich andererseits mit den Gebr. Sklarek nicht in Verhandlungen über den Preis einzulassen wünschte, habe er sich der peinlichen Exzitation dadurch entziehen wollen, daß er einen Betrag zur Vinderung von Not verwendete und die Gebr. Sklarek hiervon benachrichtigte. Er erkenne natürlich heute, daß es unvorsichtig gewesen sei, den Pelzkauf zu dulden und entgegen seinem ursprünglichen Gefühl — die Pelzjacke nicht zurückzugeben. Zwischen dem Gebr. Sklarek und der Familie Böß haben niemals persönliche oder gesellschaftliche Beziehungen bestanden. Mit den Versicherungsgeheimnissen und den Kreditgeschäften habe er nichts zu tun gehabt. Es sei ihm niemals gemeldet worden, daß die Gebr. Sklarek hohe Millionenkredite von der Stadtkasse erhalten haben. Er verurteile aufs Schärfste, daß ein Monopolvertrag ohne die städtischen Körperschaften abgeschlossen worden sei. Er habe von diesem Vertragsabschluss erst in Amerika gehört. — Der Untersuchungskommissionar des Oberpräsidenten hat dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß das Geheimkonto „Gustaf“ nach den Ermittlungen nichts mit ihm zu tun hat.

Hafsbefehl gegen die Stadträte Gaebel und Degener

Gegen die Berliner Stadträte Gaebel und Degener ist in der Strafsache Sklarek der Hafsbefehl wegen Flüchtigkeits und Verdunkelungsgefahr erlassen. Der Hafsbefehl wird von einer Berliner Korrespondenz auf die bereits bekannte Entdeckung der Geheimkonten zurückgeführt, aus denen sich u. a. ergibt, daß Gaebel etwa 30 000 M im Jahre von den Sklarek erhalten hat, die nur als Bestechungsgelder bezeichnet werden können. Gaebel und Degener haben ferner ihre Garderobe ohne Gegenleistung bei der Kleiderbewertungsgesellschaft anfertigen lassen. Gaebel soll seinen Einfluß dahin geltend gemacht haben, daß in der kommunikativen Presse Angriffe gegen die Firma Sklarek unterblieben.

Der Fall Drolat

Die Aufsichtsratsitzung der städtischen Brennstoffgesellschaft, die sich Dienstag nachmittags mit den Vorwürfen der kommunikativen Presse gegen den früheren Direktor der Brennstoffgesellschaft, den jetzigen Direktor der Verkehrsgesellschaft, Drolat, beschäftigte, endete mit der Feststellung, daß der Aufsichtsrat keinerlei unlautere Machenschaften in der Geschäftsführung des Herrn Drolat entdecken könne. Außerdem wird eine Klage gegen die „Kote Fahne“ angekündigt. Diese greift den Beschluß des Aufsichtsrats aufs Schärfste an und behauptet, daß der Vertreter der kommunikativen Partei aus der Sitzung entfernt worden sei, bevor der Beschluß gefaßt wurde.

Zum Zusammenbruch der „Frankfurter Allgemeinen“

Direktor Ehrlich, der als ehemaliger Leiter einer Reihe Grundstücksfirmen, die der Frankfurter Allgemeinen nahestanden, im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Konzerns gestürzt ist, befindet sich laut einer in die „Frankf. Ztg.“ gerichteten Mitteilung seiner Rechtsbeistände in Polen. Der Flüchtling ist aber vorläufig dem Zugriff der deutschen Behörden entzogen, da die Frage der Auslieferung noch nicht geklärt ist.

Aus der Landeshauptstadt

Von der evang. Stadtkirche. Die haultigen Erneuerungsarbeiten an der evang. Stadtkirche nähern sich ihrem Ende. In ununterbrochenen Tag- und Nachtschichten sind die schwierigen Unterfangungsarbeiten unter dem Turmfundament programmäßig durchgeführt worden. Jede Gefahr für den Turm ist nun beseitigt. Inzwischen sind von der Firma Wacker die neuen Glocken der Stadtkirche und Kleinen Kirche gegossen worden. In wenigen Wochen werden sie feierlich eingeholt werden und bald wird ihre ehrene Stimme wieder vom hohen Turme ertönen.

Zweiter Tag des Betrugsprozesses Wetter. In dem Prozeß vor dem Karlsruher Schöffengericht gegen die Familie Jakob Wetter wurde am Dienstag in die Beweisaufnahme eingetreten. Die Verhandlung geht heute weiter. Die Urteilsverkündung ist nachmittags zu erwarten.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Auch in der vergangenen Nacht führte die Ausstrahlung in der Ebene zu Nachfröhen und verbreiteten Nebeln, während in den höheren, über die Nebelschicht ragenden Gebirgslagen heiteres Wetter herrschte. Über England und Westfrankreich ist es zur Bildung eines Randwirbels der Islandzirkone gekommen, unter dessen Einfluß bei uns Südostströmung herrscht. Seine Weiterentwicklung wird den Anschluß zur zonalen Bitterung beschleunigen. Wetterausichten: Wilder bei südwestlichen Winden, wolkig mit zeitweisen Niederschlägen.

Die Beisetzung Bülow's

In der Elbparvilla, an der Elbchauffee bei Altona, dem deutschen Heim des Fürsten Bülow, fand am Dienstag die Trauerfeier für den Fürsten statt, an der die Vertreter des offiziellen Deutschlands und ein großer Kreis von Freunden und Verehrern teilnahm. In Hamburg, Altona und in den Elbvororten hatten viele Gebäude und die Schiffe Halbmat geschlagen. Unter den Kränzen befanden sich solche des Königs von Italien und des früheren Kaisers, des Reichspräsidenten, des Reichstanzlers, der Reichsregierung, des Reichstags usw. Bei der Trauerfeier hatte der Reichstanzler die Vertretung der Reichsregierung selbst übernommen. Reichstagspräsident Löbe war ebenfalls erschienen. Ein Streichquartett leitete den Trauerakt ein. Pastor Chaltbous hielt die Traueransprache. Löbe war ebenfalls erschienen. Ein Streichquartett leitete den Trauerakt ein. Pastor Chaltbous hielt die Traueransprache. Nach einer testamentarischen Verfügung wurden weitere Ansprachen nicht gehalten. Nach gemeinsamem Gesang eines Choral segnete der Geistliche die Leiche ein. Ein Sängerkhor sang das Lied: „Aber den Eternen“. Dann zog die Trauergemeinde nochmals am Sarge vorüber.

Die irdische Hülle des Fürsten Bülow wurde später nach dem Krematorium in Hamburg-Holsdorf überführt.

Der Vulkanausbruch in Guatemala

300 Opfer eines neuen Ausbruchs. W.D. New York, 6. Nov. (Tel.) Associated Press meldet aus Guatemala: Nachdem die Tätigkeit des Vulkans Santa Maria etwas nachgelassen hatte, erfolgte gestern ein neuer starker Ausbruch. Man nimmt an, daß bisher etwa 300 Personen getötet und 200 verletzt wurden. 37 Leichen konnten erst geborgen werden. Infolge der riesigen Hitze in der Umgebung des Kraters und der ausgedehnten Lavaströme ist es unmöglich, den genauen Sachschaden festzustellen. Viele Leichen werden von den Lavaströmen fortgeschwemmt.

Die Bewohner von Mazatenango, der Hauptstadt des Departements Suchitepequez wurden am Samstag durch ein dumpfes unterirdisches Rollen aufgeschreckt, dem ein Erdbeben und vulkanische Ausbrüche folgten. Ein Lavastrom ergoß sich über die ganze Gegend, zerstörte alles in seiner Bahn und überholte zahlreiche Flüchtlinge. Die gesamte Vulkanzone des Gebietes von Suchitepequez ist mit Asche bedeckt, die stellenweise eine 2 Meter hohe Decke bildet. Tausende von Menschen sind obdachlos. Die Kaffeereife und andere Ernten des Departements sind vernichtet.

Die Ehecheidungsreform verlagert. Der Rechtsausschuß des Reichstages beschloß am Dienstag, die Anträge zur Ehecheidungsreform einem Unterausschuß zu überweisen. Am heutigen Mittwoch beschäftigte sich der Rechtsausschuß mit der rechtlichen Stellung des unehelichen Kindes.

Der Strafantrag gegen Eugenberg. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Generalstaatsanwalt auf Grund des Strafantrages des Reichsministers Sebering beim Landgericht Berlin I beantragt, die Genehmigung des Reichstages zur Strafverfolgung des Abg. Dr. Eugenberg herbeizuführen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	6. November		5. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.54	168.88	168.48	168.82
Kopenhagen 100 Kr.	111.90	112.12	111.88	112.10
Italien . . . 100 L.	21.88	21.92	21.865	21.905
London . . . 1 Pf.	20.37	20.41	20.364	20.404
New York . . . 1 D.	4.1760	4.1840	4.1745	4.1825
Paris . . . 100 Fr.	16.45	16.48	16.435	16.475
Schweiz . . . 100 Fr.	80.99	81.09	80.93	81.09
Wien 100 Schilling	58.71	58.83	58.71	58.83
Prag . . . 100 Kr.	12.364	12.384	12.369	12.389

Verschmelzung dreier Heidelberger Firmen. Die drei Unternehmen Schnellpressenfabrik Heidelberg AG., C. Maquet AG. in Heidelberg und Maschinenfabrik Geislingen in Heidelberg, deren Kapital fast ganz im Besitz der Gruppe Richard Kahn in Berlin sich befindet, wird in der Generalversammlung die Verschmelzung der drei Firmen vorgeschlagen. Aufnehmende Gesellschaft ist die Schnellpressenfabrik Heidelberg AG., die ihr Aktienkapital auf 2 Millionen Reichsmark erhöhen wird. Für jede Aktie der Gesellschaft von Maquet und Maschinenfabrik Geislingen wird eine Schnellpressenfabrik-Aktie gewährt. Die Betriebe der beiden aufzunehmenden Firmen bleiben bestehen und werden als Teilbetriebe der Schnellpressenfabrik geführt.

Ja. Ettlinger & Wormser, Karlsruhe. Die Ja. Ettlinger & Wormser, Eisen- und Metallhandlung in Karlsruhe, hat ihre Zahlungen vorläufig eingestellt. Die Firma ist gegenwärtig damit beschäftigt, einen genauen Status zum 31. Oktober aufzustellen und hat die Gläubiger zu einer Versammlung am 7. November eingeladen, in der auf Grund des vorliegenden Status über die weiteren Maßnahmen beschloffen werden soll.

Badische Maschinenfabrik und Eisengießerei vorm. G. Sebold & Neff, Durlach. Nach dem Bericht per 30. Juni hat die gleichmäßige Weiterentwicklung der Beschäftigung in der ersten Hälfte des Jahres angehalten. Die später einsetzende wirtschaftliche Depression ermöglichte nicht eine Umsatzerhöhung gegenüber dem Vorjahr. Nach Abzug der Gesamtkosten und der Zantiemen verbleibt ein Bruttogewinn von 688 218 (772 446) M. Für Abschreibungen werden 224 208 (245 111) M verwendet. Es verbleibt einschließlich des Vortrages von 112 928 (86 419) M ein Reingewinn von 464 009 (527 334) M. Auf die Vorzugsaktien soll in der Generalversammlung am 15. November wiederum eine Dividende von 6 Proz., auf die Stammaktien eine solche von 10 (12) Proz., auf die Genussrechte eine solche von 6 (6) Proz. ausgeschüttet werden, der Unterstützungskasse werden wiederum 25 000 M überwiesen.

Kehler Hafenverkehr. Im abgelaufenen Monat Oktober sind im Kehler Rheinhafen 180 Schiffe eingelaufen mit 56 125 Tonnen Ladung. Abgegangen sind in der gleichen Zeit 64 Schiffe mit 11 726 Tonnen Ladung.

Verd- und Ofenfabrik Tritschler in Krozingen. Über das Vermögen der Verd- und Ofenfabrik Heinrich Tritschler in Krozingen wurde zur Abwendung des Konkurses das Verwaltungsverfahren eröffnet. Die Firma bietet den Gläubigern 100%, so daß zu Befürchtungen kein Anlaß vorliegt.

Staatsanzeiger

Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Baden, Monat September des Rechnungsjahres 1929;

(Beträge in Tausend Reichsmark.)

A. Ordentlicher Haushalt.

Jahresoll (Haushaltsoll)	Zt.-Einnahme oder Zt.-Ausgabe			
	seit Beginn des Rechnungsjahres bis einschließlich August 1929	im September 1929	zusammen	
1	2	3	4	
I. Einnahmen:				
1. Steuern (nach Abzug der Überweisungen an die Gemeinden und Kreise)	130 372	59 819	8 136	67 955
2. Überschüsse der Unternehmungen und Betriebe (nach Abzug von Zuschüssen)	6 857	3 544	683	4 227
3. Sonstige Einnahmen:				
a) Zuzug	14 356	6 580	1 468	8 048
b) Unterrichtsweesen, Wissenschaften und Künste, Kultus	22 078	8 545	1 861	10 406
c) Übrige Landesverwaltung	48 939	14 290	2 835	17 125
Einnahmen insgesamt (nach Abzug der Steuerüberweisungen an die Gemeinden und Kreise und der Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe)	222 602	92 778	14 983	107 761
II. Ausgaben:				
1. Zuzug	21 672	9 579	2 018	11 597
2. Unterrichtsweesen, Wissenschaften und Künste, Kultus	85 862	37 151	7 409	44 560
3. Wohnungsweesen	10 221	2 572	902	3 474
4. Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung	24 831	10 295	1 992	12 287
5. Sonstige Ausgaben	85 585	32 041	3 579	35 620
Ausgaben insgesamt	228 171	91 638	15 900	107 538
Einnahmen insgesamt	222 602	92 778	14 983	107 761
Witlin Mehrausgabe	5 569	—	917	—
Mehreinnahme	—	1 140	—	223

B. Außerordentlicher Haushalt.

I. Einnahmen:				
Insgesamt	19 958	153	6	159
II. Ausgaben:				
1. Verkehrsweesen	8 528	3 082	2 400	5 491
2. Wohnungsweesen	7 000	300	—	300
3. Sonstige Ausgaben der Hoheitsverwaltungen	10 375	3 323	479	3 802
4. Für Unternehmungen und Betriebe	790	206	16	222
Ausgaben insgesamt	26 693	6 911	2 904	9 815
Einnahmen insgesamt	19 958	153	6	159
Witlin Mehrausgabe	6 735	6 758	2 898	9 656

Abichluß September 1929.

A. Ordentlicher Haushalt.

Mehreinnahme aus den Monaten April bis einschließlich September 1929 223

B. Außerordentlicher Haushalt.

Mehrausgabe aus den Monaten April bis einschließlich September 1929 9 656

Anmerkung: Mit Rücksicht auf die Ungleichheit im zeitlichen Vollzuge und die teils vorschubweise Berechnung der Einnahmen und Ausgaben während der einzelnen Monate des Rechnungsjahres lassen sich zuverlässige Schlussfolgerungen auf den Abichluß der Hauptstaatsrechnung auf Ende des Rechnungsjahres im Vergleich zum Haushaltsplan aus obiger Darstellung nicht ziehen.

Karlsruhe, den 31. Oktober 1929.

Der Minister der Finanzen.

Schmitt.

Gemeinderundschau

Rücktritt des Oberbürgermeisters von Baden-Baden
 In einer Stadtratssitzung in Baden-Baden am Mittwochvormittag, teilte Oberbürgermeister Fieser mit, daß sein angegriffener Gesundheitszustand ihn zwingt, sein Amt niederzulegen. Er beabsichtigt, am 1. Januar 1930 aus dem städtischen Dienst auszuschcheiden.
 Dieser Beschluß des Oberbürgermeisters Fieser kommt nicht ganz überraschend. Schon vor zwei Jahren, als er nur auf Drängen sämtlicher Rathhausparteien eine Wiederwahl annahm, hatte er sich ausbedungen, jederzeit, wenn seine Gesundheit ihn dazu zwingt, zurücktreten zu können. Soeben hat Bürgermeister Fieser eine schwere Nierenkrankung überstanden, die ihn drei Monate lang vom Amte ferngehalten hatte. Sein Rücktritt zu dem genannten Zeitpunkt wird um so mehr bedauert, als Baden-Baden jetzt vor schweren Entscheidungen, vor allem auf finanziellem Gebiete, steht, bei denen die Erfahrungen Fiesers sehr erwünscht gewesen wären.
 Oberbürgermeister Fieser steht 22 Jahre an der Spitze der Stadt Baden-Baden. Im Jahre 1892 war er als Amtsgehilfe und Stabsbeamter nach Baden-Baden gekommen. Schon ein Jahr darauf, erst 23jährig, wurde er zum Bürgermeister gewählt, und im Jahre 1907 wurde er Nachfolger des Oberbürgermeisters Gönner. Baden-Baden verdankt Fieser außerordentlich viel. Er hat sich große Verdienste um den Ausbau des Verkehrsnetzes und um die Ausgestaltung des Kurlebens erworben. Seine Tätigkeit bildet in der Geschichte der Stadt Baden-Baden einen bemerkenswerten Abschnitt.

Das 80 000. Sparbuch. Bei der Stadt Sparkasse Mannheim wurde in den letzten Tagen das 80 000. Sparbüchlein auf Reichsmark ausgestellt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Schluchsee, 5. Nov. Über die Bauarbeiten für das Schluchseewerk wird berichtet: Der 6,3 Kilometer lange Schluchseestollen von der Seebalde am Schluchsee bis nach Birehalde bei Häufers wurde nunmehr durchschlagen. In diesen Tagen wird der letzte Stollendurchbruch erfolgen. Mit den Betonarbeiten soll noch in diesem Winter begonnen werden. Im Frühjahr soll an die Abfassung des Schluchsees geschritten werden.

Waldshut, 6. Nov. Vor dem Schwurgericht Waldshut begann gestern ein sensationeller Totschlagprozess, der eine ganze Familie wegen Totschlags bzw. Beihilfe dazu auf die

Anlagebank brachte. In dem Orte Geratsen, der Schwarzwaldgemeinde Amrischwand, bei Höckenschwand, lebte der Landwirt Adam Gengler, 57 Jahre alt und übte über seine zahlreiche Familie eine patriarchalische Herrschaft aus. Er war arbeitssam, bieder und gottesfürchtig. Seine Frau und seine Kinder waren jedoch mit der Herrschaft nicht einverstanden, und es entwickelte sich mit der Zeit ein tiefer Haß gegen den Gatten und Vater. Die Töchter waren aus der Art geschlagen, gingen gern aus, kleideten sich gerne „städtisch“. In einer Nacht muß es nun in dem Hause zu einem Zusammenstoß gekommen sein, in dessen Verlauf der Schwager der Frau, der Arbeiter Mutter, mit einem Walzenrevolver den Gengler niederschloß und so die Familie von ihrem „Thron“ befreite. Der Sachverständige, der Mutter auf seinen Geisteszustand untersucht hatte, sagte aus, daß Mutter die Tat unter dem suggestiven Einfluß des weiblichen Teils der Familie Gengler, die alle etwas leicht veranlagt seien, ausgeführt habe.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.
Die abgeordnete Gemarlung Kappel-Reutehof.
 Die zwischen der abgeordneten Gemarlung Kappel-Reutehof und der Gemeinde Waltersweil, Amtsbezirk Waldshut, abgeschlossene Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarlung mit der Gemeinde Waltersweil mit Wirkung vom 1. April 1929 wurde staatlich genehmigt.
 Karlsruhe, den 31. Oktober 1929.
Der Minister des Innern:
 Kemmle.

Schießen.
 Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 31. Oktober 1929 im Lande Baden verseucht mit:
Maul- und Klauenseuche: Gemeinden: Konstanz, Immensee.
Schweinepeste und Schweinefluß: Schöllbrunn, Mannheim-Sandhofen, Friedrichsfeld, Ibsheim, Sedenheim, Scharfheim, Schwellingen, Engelsweil, Redarzel.

Forzheim
 Einheim
 Tauberbischofsheim
 Überlingen
 Weimheim
 Wertheim
 Wiesloch
 Mannheim
 Forzheim
 Hamburg
 Hoffenheim, Redarbischofsheim
 Großrinderfeld
 Dachsenhof
 Weimheim, Heddesheim
 Lindelbach
 Wiesloch
Hände der Einrufer:
 Mannheim
 Röttingen
Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.
Ernannt:
 Verwaltungsinспектор Georg Franzer in Karlsruhe zum Rechnungsrat; Verwaltungsinспектор Richard Sempf in Mannheim zum Rechnungsrat.
Ministerium der Finanzen
Wasser- und Straßenbaudirektion
Ernannt:
 Zum Verwaltungsfachsekretär der Verwaltungsassistent August Hafner beim Wasser- und Straßenbauamt Einheim.
Berufen:
 Verwaltungsfachsekretär Josef Zimm in Bonndorf zum Wasser- und Straßenbauamt Freiburg.
Domänenabteilung
Entlassen auf Ansuchen zwecks Übertritt in den Dienst der Stadt Baden-Baden:
 Finanzinspektör Adolf Martin in Säckingen.
Aus dem Bereich des Landesamts für Südwestdeutschland:
Ernannt:
 Seyler, Verwaltungssachverständiger, Vorsitzender des Arbeitsamts Weimheim, zum Regierungsrat.
Gestorben:
 Straßenwärter Josef Griebl in Bad Dürkheim.

Schwarzwälder Granitwerke

C. KIEDERLE
 Bühl i. B.

Gegr. 1888 Tel. 41

Denkmäler, Bauarbeiten (Sockel, Stufen, Quader usw.)
 Randsteine, Leistensteine, Säurebottiche u. Bodenbelag
aus säurebeständigem Material
 Pflastersteine (Groß- und Kleinpflaster), Grenzsteine,
 Mauersteine

nur aus eigenen Brüchen
 Schleiferei Bildhauerei
Werkplätze — 250 Arbeiter

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen
 und Bestellungen Bezug
 auf die Anzeigen in der

Karlsruher Zeitung

Bad. Kommunale Landesbank

Girozentrale
 Zweiganstalt Karlsruhe

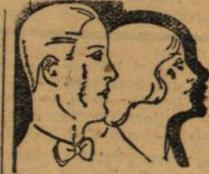
Karl-Friedrich-Straße 1

Ecke Zirkel

Besorgung aller Bankgeschäfte
 insbesondere

Pflege des öffentlichen Geldverkehrs — Kreditungabe an den gewerblichen Mittelstand

368



Die Ursache aller Haarkrankheiten und Haarwuchsstörungen stellen wir fest nach mikroskopischer Haaruntersuchung während unserer am **Donnerstag, den 7., u. Freitag, den 8. Nov., von 10 bis 7 Uhr** in Karlsruhe, Reichstraße 16, 1 Treppe, Ecke Karistraße (Straßenbahnhaltestelle sämtlicher Linien) stattfindenden **Beratungsstunden über Haarbehandlung u. Haarpflege**

Warten Sie nicht, bis es zu weit vorgeschritten ist und kommen Sie gleich, wir beraten Sie auf Grund 34jähriger Fachtätigkeit billig und treffend in Anwendung unserer altbewährten Haarpflegemittel
Gg. Schneider & Sohn, 1. Württ. Haarbehandlungsinstitut, Stuttgart, Gymnasiumstraße 21a

Bei der Stadtgemeinde Weisach a. Rh. ist die durch Todesfall freigewordene Stelle des

Stadtrechners

sofort neu zu besetzen. Besetzung erfolgt nach Gruppe VII bzw. VIII der alten Besoldungsordnung (IV c bzw. IV b der Landesbesoldungsordnung). Der planmäßigen Anstellung muß eine einjährige Probezeit vorausgehen.

Im Hinblick auf die Anforderungen an die Arbeitsleistung des Stelleninhabers kommt für die Besetzung nur eine dazu besonders befähigte, zuverlässige Kraft in Frage, die über die erforderlichen Kenntnisse im Verwaltungs- und Rechnungsdienst der Gemeinden verfügt.

Bewerber, die die Prüfungen für die Staatsbeamten oder für die badischen Gemeindebeamten mit Erfolg bestanden haben werden bevorzugt.

Bewerbungen unter Vorlage eines handgeschriebenen Lebenslaufes und von Zeugnissen wollen bei mir bis **spätestens 20. November 1929** eingereicht werden.
 Weisach, den 2. November 1929.

Der Bürgermeister.

Möbel

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungserleichterung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 762

Karlsruhe, 7.753. Güterrechtsregistereinträge
 1. Zu Band I, Seite 310: Kurz Ott, Versicherungsbeamter, Karlsruhe, und Wilhelmine Luise geb. Stricker. Vertrag vom 9. Oktober 1929. Erziehungsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.
 2. Seite 311: Degenhardt Otto, Steinhauer, Karlsruhe, u. Wilhelmine Friederike geb. Schmamm. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungsbereiches die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.
 30. 10. 29.
Amtsgericht Karlsruhe.

7.754. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ernst Junge in Karlsruhe, jetzt in Hamburg, wurde auf Antrag des Konkursverwalters Termin zu einer Gläubigerversammlung bestimmt zwecks Zustimmung derselben: a) zu einem in einem Prozeß der Frau Walter gegen die Konkursmasse gemachten Vergleichsvorschlag, b) zwecks Anhörung und Beschlußfassung über eine zu erhebende Negativklage gegen einen Prozeßvertreter auf Freitag, 15. November 1929, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 142.
 Karlsruhe, 29. Okt. 1929.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

Freihändiger Holzverkauf

Forstamt Herrenwies in Forbach (Baden). Freitag, den 15. November 1929: 4500 im Nadelstammholz aller Klassen. Angebote sind bis spätestens am 15. November, nachmittags 5 Uhr beim Forstamt einzureichen. Losverzeichnisse durch das Forstamt (Fernruf Forbach 15). P. 755

Feuerwehrschlauchwagen

Spritzenwagen Leichenwagen
 liefert als Spezialität

3 verschiedene neue Leichenwagen
 sind preiswert abzugeben
 Offerte u. Photographie kostenlos 900

JOSEF GUNZ,
 Wagenbauanstalt (gegr. 1879)
Achern (Baden)

Nächste Woche

Bad Rote Kreuz Geld-Lotterie
 Ziehung garantiert 14. u. 21. 12500
 Höchst- u. Hauptgewinn M. 6000
 5000
 Los 1. M. 11 St. 10. M. Porto u. Liste 30. M. **Stürmer** 0. 7. 11
 Postb. 12043 Karlsruhe

Colosseum

Täglich 8 Uhr
 Sonntags 3 1/2 u. 8 Uhr

Stunden, die man nie vergißt

Revuepiel mit Humor und schönen Frauen



Badisches Landestheater

Donnerstag, 7. November

*D 7 (Donnerstagmiete)
 Th.-Gen. 1201—1300

Gurra, ein Junge

Schwank von Arnold und Bach

Regie: Herz

Mitwirkende:
 Beckram, Frauendorfer, Quaiser, Schreiner, Graf, Höder, Just, Koebe, Müller

Anfang 19 1/2 Ende 22
 Preise A (0,70—5,00 RM)

Fr. 8. XI. Croauer, Sa., 9. XI. Neu einstud. Maria Stuart, So., 10. XI. Schwanda, der Oudelsackpfeifer.

Im Kongerthaus:
 Wer zuletzt lacht, Wo., 11. XI. Figaro's Hochzeit.